
Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern

Timm Flügge/Benjamin Hein¹

1 Die SPD – von der verbotenen zur regierenden Partei

Die über 140-jährige Geschichte der Sozialdemokratie im Land ist geprägt von mehreren Perioden des Auf- und Abstiegs. Nach einem schwierigen Start im Kaiserreich und einer zeitweiligen Blüte in der Weimarer Republik verschwand die Partei fast 60 Jahre weitgehend von der Bildfläche. Erst nach dem Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 konnte sich erneut eine sozialdemokratische Partei im Land gründen.²

Die SPD war infolge des Sozialistengesetzes von 1878 und darüber hinaus durch eine rigide Vereinsgesetzgebung über weite Strecken im Kaiserreich in Mecklenburg verboten. Sie war nur zu Wahlen zugelassen, konnte aber erstaunlicherweise trotz der Restriktionen gute Ergebnisse in den beiden mecklenburgischen Staaten erzielen.³ Mit der Novemberrevolution und dem Ausrufen der Republik 1918 wurde das Wahlrecht auf Verhältniswahl umgestellt. Im Zuge dessen konnte die SPD in beiden mecklenburgischen Landesteilen eindeutig stärkste Kraft werden und mehrfach den Ministerpräsidenten stellen. Erst ab 1924 zeichneten sich deutliche Verluste ab; dennoch konnte sie

1 Die Autoren danken Kerstin Dommack, die als Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern wertvolle Recherchearbeit geleistet hat.

2 Vgl. Steffen Schoon, Mecklenburg-Vorpommern – Pragmatismus und Kontinuität bei struktureller Schwäche, in: Andreas Kost/Werner Rellecke/Reinhold Weber (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern: Geschichte und Gegenwart, S. 242–254, hier: S. 246–247; detaillierte Informationen zur Geschichte der SPD im Land vgl. Werner Müller/Fred Mrotzek/Johannes Köllner, Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern, Bonn 2002; vgl. Klaus Schwabe, Wurzeln, Traditionen und Identität der Sozialdemokratie in Mecklenburg und Pommern, Schwerin 1999; vgl. Klaus Schwabe, Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1994.

3 Vgl. Steffen Schoon, Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern: Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002, Rostock 2005, S. 37.

bis 1932 ihre Position als stärkste Kraft verteidigen, ehe sie von der NSDAP abgelöst wurde. Am Ende der Weimarer Republik verfügte die SPD nur noch über die Hälfte ihres Stimmanteils verglichen mit dem Basisjahr 1919.⁴

Nach dem Verbot der SPD im Jahr 1933 durch die Nationalsozialisten verharren die Sozialdemokraten bis zu ihrem neuerlichen Gründungsaufbruch im Juni 1945 in der Illegalität. Trotz gezielter Behinderungen (beispielsweise Aufnahmestopp) seitens der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) konnte die SPD im Spätsommer 1945 die KPD bezüglich der Mitgliederzahlen überflügeln. Im März/April verfügte sie über circa 81 000 Mitglieder im Land, was gerade im Vergleich zu heutigen Werten astronomisch erscheint. Aufgrund dieser Tatsache war eine bereits zuvor in Erwägung gezogene Vereinigung der beiden Arbeiterparteien für die SPD nicht mehr alternativlos und wurde deshalb weniger stark forciert. Da ein Aufholprozess für die KPD nicht in Aussicht stand, betrieb sie in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht die Zwangsvereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ohne eine Urabstimmung der Sozialdemokraten zuzulassen. Am 7. April 1946 hörte die SPD in Mecklenburg-Vorpommern nicht einmal ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – zwei Wochen vor der restlichen SBZ – auf zu existieren.⁵

Bei der Neugründung einer sozialdemokratischen Partei im Land im Jahr 1989 waren die einstmals stark ausgeprägten sozialdemokratischen Strukturen und Milieus vollständig aufgelöst. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober erfolgte nicht durch Arbeiter sondern durch Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung (vorrangig Theologen und Intellektuelle), weshalb diese Partei zunächst mit Nachdruck ihre Unabhängigkeit von der westdeutschen SPD betonte. Ein Wechsel der Position folgte nach einem Besuch des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt am 6. Dezember 1989 in Rostock, der den Genossen im Nordosten einen Namenswechsel von SDP zu SPD empfahl, um diesen für andere Parteien zu sperren. Dieser Empfehlung kam die SDP zeitnah nach und am 9. März 1990 fand der Gründungsparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow statt. Mit Blick auf die Wahlen des Jahres 1990 (Volkskammer-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen) war die Partei jedoch denkbar schlecht aufgestellt. Sie verfügte im Vergleich zu den auch in der DDR bereits existierenden Parteien (vor allem PDS und CDU) über wesentlich weniger Mitglieder und kaum organisatorisches Reservoir.⁶ So erinnerte sich der erste SPD-Landesvorsitzende Harald Ringstorff an den „Wettbewerbsvorteil“ der anderen Parteien und bezeichnete den Landtagswahlkampf 1990 als „unfair“.⁷ Er begründete: „Wir hatten kaum Organisationsstrukturen, wenig Geld, keine Telefone, während die Konkurrenz

4 Vgl. ebd., S. 77–81.

5 Vgl. ebd., S. 121–124.

6 Vgl. ebd., S. 159–162.

7 Vgl. Rede von Ringstorff auf „20 Jahre SPD-Fraktion im Landtag M-V“ am 19.11.2010 in Schwerin.

dank alter Strukturen über alles verfügte. Bisweilen standen wir uns jedoch auch selbst im Weg⁸, womit Ringstorff auf das zeitweilige Aufnahmeverbot ehemaliger Mitglieder anderer Parteien anspielt. Die ersten Wahlergebnisse waren ernüchternd und erst 1994 stieg die SPD von einer einstmals verbotenen zur regierenden Partei auf.

Mit der Entwicklung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 haben sich nur wenige Wissenschaftler intensiv beschäftigt. Die einzige zusammenhängende Darstellung stammt von Nikolaus Werz⁹ aus dem Jahr 2000 und ist damit bereits zwölf Jahre alt und nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Informationen zu den Landtagswahlen 2006 und 2011 finden sich in den Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.¹⁰ Überdies dienen als zusätzliche – obschon nicht SPD-spezifische – Informationsgrundlagen Aufsätze in der Zeitschrift für Parlamentsfragen, die zu den jeweiligen Landtagswahlen veröffentlicht wurden. Eine gute Überblicksdarstellung zu allen Parteien findet sich darüber hinaus in der Dissertation Steffen Schoons über politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, die allerdings auch nur bis in das Jahr 2002 reicht. Eine Aktualisierung des Forschungsstandes wird mit diesem Aufsatz angestrebt.

2 Die SPD als Organisation

Der Aufbau der Landes-SPD kennt drei wesentliche Institutionen: Landesparteitag, Landesparteirat und Landesvorstand. Der Landesparteitag ist das oberste Beschlussgremium der Landespartei und setzt sich aus 80 Delegierten zusammen, die nach dem Mitgliederproporz von den Kreisverbänden entsandt werden. Zusätzlich sind die 16 Mitglieder des Landesvorstandes stimmberechtigt. Dieser hat wiederum die politische Leitung des Landesverbands inne. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Landesvorsitzenden (seit 2007: Erwin SELLERING), den in der Regel drei, gegenwärtig jedoch nur zwei, Stellvertretern und dem Schatzmeister. Hinzu kommen elf Beisitzer, womit der aktuelle (September 2012) Landesvorstand nur über 15 Mitglieder verfügt. Die bisherigen Landesvorsitzenden vor SELLERING waren Harald Ringstorff (1990–2003) und Till Backhaus (2003–2007). Der Landesparteirat wird durch die Vorsitzenden der SPD-Kreisverbände gebildet und verfügt über eine beratende Funktion und ein sus-

8 Ebd.

9 Nikolaus Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke, Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 66–113.

10 Andreas Timm, Auf den Ministerpräsidenten kam es an – Die SPD, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006: Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 21–29; Timm Flügge/Benjamin Hein, „Gut wie das Land“ – Die SPD, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 34–42.

pensives Veto gegenüber Entscheidungen des Landesvorstandes. Der Landesverband gliedert sich in acht Kreisverbände und weitere Ortsverbände, wobei diese sich an den Grenzen der neuen Landkreise, Ämter und Gemeinden orientieren.¹¹

Historisch wichtige Parteiflügel innerhalb der Landespartei waren der „Güstrower Gesprächskreis“ und der „Warener Kreis“ um Rudolf Borchert. Letzterer befürwortete bereits frühzeitig (1994) eine Koalition mit der PDS und lehnte die Große Koalition unter Berndt Seite (CDU) rundweg ab, wohingegen Ersterer einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten skeptisch gegenüber stand. Er wurde 1996 gegründet und maßgeblich vom damaligen Justizminister Rolf Eggert und dem ehemaligen ersten Hamburger Bürgermeister Peter Schulz geprägt. Dessen Vater Albert war als Rostocker Oberbürgermeister 1949 abgesetzt worden. Nach den Wahlen 1998 verlor der „Güstrower Kreis“ zunehmend an Bedeutung und einige Mitglieder der Gruppierung verließen die SPD und gründeten die Sozialliberale Partei (SLP). Im ersten Halbjahr 1999 sammelten sich erneut PDS-kritische Stimmen im Gesprächskreis „Neue Mitte“, welcher allerdings deutlich gemäßigter war.¹² Momentan sind das Forum DL 21 als linker Flügel und die Regionalgruppe Vorpommern Beispiele für innerparteiliche Gruppierungen.¹³

Gegenwärtige Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise der Landes-SPD sind neben der Jugendorganisation Jusos die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die AG 60plus, die Arbeitsgemeinschaft für Bildung, die gesundheitspolitische Arbeitsgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen und der Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos). Die Mitwirkung innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaften steht grundsätzlich auch Nicht-Parteimitgliedern offen.¹⁴

Tabelle 1 veranschaulicht deutlich die Stagnation der Mitgliederzahlen im SPD-Landesverband. Der mit Abstand und seit 1990 mitgliederschwächste sozialdemokratische Landesverband der Republik schwankt zwischen 2 802 (2010) und 3 508 (1999) Mitgliedern. Der Landesverband Hamburg verfügt bei ähnlicher Bevölkerungsgröße im gleichen Zeitraum über 10 000 bis 22 000 Mitglieder.¹⁵ Auch innerhalb des Landes liegt die

11 Vgl. SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Der Aufbau der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://spd-mv.de/strukturen/> (Stand: 11. 09. 2012).

12 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 90–97.

13 Vgl. SPD Vorpommern-Rügen, Regionalgruppe Vorpommern, abrufbar unter: http://www.spd-vorpommern-ruegen.de/index.php?mod=content&menu=7&page_id=18 (Stand: 11. 09. 2012) und DL 21, SPD-Parteilinke in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://forum-dl21.de/inhalt.php?page=8> (Stand: 11. 09. 2012).

14 Vgl. SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, abrufbar unter: <http://spd-mv.de/strukturen/arbeitsgemeinschaften/> (Stand: 11. 09. 2012).

15 Vgl. dazu auch die Mitgliederentwicklung im strukturell ähnlichen Sachsen-Anhalt, in dem die SPD gegenwärtig mehr Mitglieder hat, aber in Relation zu Mecklenburg-Vorpommern deutlichere Verluste zu verzeichnen hatte (Daten für alle Landesverbände siehe Anmerkung 16).

Tabelle 1 Mitgliederzahlen (M) der SPD in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

SPD	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
M	3138	3287	3335	3187	3452	3341	3304	3388	3420	3508	3462
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
M	3363	3343	3224	3050	2979	2872	2793	2794	2830	2802	2850

Quelle: Niedermayer (Anmerkung 16), eigene Darstellung.

SPD deutlich hinter CDU und LINKE auf Rang drei.¹⁶ Durchschnittlich 3 000 Mitglieder wirken im Vergleich zu den 42 000 Mitgliedern des Landesanglerverbandes geradezu marginal. Schwerpunkte der wenigen SPD-Mitglieder sind die urbanen Zentren Mecklenburgs, allen voran Schwerin und Rostock. Des Weiteren zeichnet sich im Land hinsichtlich der Verteilung der SPD-Mitglieder ein West-Ost-Gefälle ab. Tendenziell finden sich in den mecklenburgischen Landkreisen und Städten mehr Mitglieder als in den Regionen Vorpommerns, wenngleich auch hier die städtischen Zentren aufgrund ihrer relativen Stärke ins Auge fallen.¹⁷

Mit Blick auf die inhaltlich-strukturelle Interdependenz von Bundes- und Landesverband lassen sich zwei große Themenblöcke konstatieren. Erstens ist die Diskussion um eine Zusammenarbeit mit der SED-Nachfolgepartei PDS zu nennen. Während Teile des Landesverbandes bereits 1994 eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten anstrebten, verhinderte die Intervention der Bundesspitze dies zumindest bis 1998.¹⁸ Andererseits übte die Landes-SPD mit dieser Koalition auch Einfluss auf die Diskussionen im Bund aus. Schon kurz nach dem Tabubruch wurden auch in weiteren ostdeutschen Bundesländern Rot-Rote Bündnisse geschmiedet, obgleich eine Koalition auf Bundesebene noch in weiter Ferne zu sein scheint. Zweitens war die personelle Durchdringung von Bund und Land unter Ringstorff praktisch nicht wahrnehmbar.¹⁹ Dies änderte sich erst mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch SELLERING, welcher bereits ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt durch die von ihm losgetretene „Unrechtsstaatsdebatte“ überregionale Bekanntheit erlangte. Überdies äußerte er sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger regelmäßig auch zu bundespolitischen Themen. Zeitgleich mit seiner Amtsübernahme installierte er die junge und ebenfalls bundespolitisch aktive Sozialministerin Manuela Schwesig. Diese war bereits zur Bundestagswahl 2009 im Schattenkabi-

16 Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, abrufbar unter: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/Oskar_Niedermayer_-_Par-teimitglieder_in_Deutschland__Version_2011.pdf (Stand: 11. 09. 2012).

17 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 102.

18 Vgl. dazu auch die Ausführungen in Kapitel 4.

19 Vgl. o. A., Angela Merkel rechnet mit Rot-Rot ab, in: Lübecker Nachrichten, 29. 11. 1999.

nett Frank-Walter Steinmeiers vertreten. In der Folge profilierte sie sich erfolgreich als Gegenspielerin zur CDU-Bundesministerin Ursula von der Leyen (Bsp. Hartz IV Regelsätze/Kita-Ausbau). Aktuell ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der Sozialdemokraten.²⁰

3 Die SPD und ihr Programm

Im Mittelpunkt des SPD-Landtagswahlprogramms von 1990 stand der Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft.²¹ Dafür strebte man die Förderung des Mittelstandes, einen Ausbau der Infrastruktur und eine enge Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft an. Ferner warben die Sozialdemokraten mit Sofortmaßnahmen – wie beispielsweise Wirtschaftsförderungseinrichtungen oder Personalaustausch mit den alten Bundesländern – um einen Weg aus der transformationsbedingten Wirtschaftskrise zu ebnen. Das zweite herausgehobene angestrebte Projekt war eine Verwaltungsmodernisierung, mit der vor allem alte SED-Strukturen beseitigt werden sollten. Weitere Themen des ersten Wahlprogramms waren Umweltschutz, Tourismusförderung und eine Gleichberechtigung von Frauen, primär auf dem Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Bundestagswahlprogramm der Partei erhielt das Sujet Soziale Sicherung in Mecklenburg-Vorpommern deutlich weniger Gewicht.

Auch 1994 fokussierte die SPD die Mittelstandsförderung mit der Forderung nach einer so genannten Aufbaubank. Darüber hinaus sollten die Schaffung von Arbeitsplätzen staatlich gefördert und bei der Auftragsvergabe einheimische Unternehmen bevorzugt berücksichtigt werden. Bezüglich der Verbesserung der inneren Sicherheit setzten die Genossen auf eine Erhöhung der Attraktivität des Polizeidiensts und eine stärkere Präsenz der Gesetzeshüter in der Öffentlichkeit. Dritter Schwerpunkt der Konzeption waren spezifische Aspekte der neuen Länder. Zum einen sprachen sich die Sozialdemokraten gegen eine Aufhebung der 1945 durch die sowjetische Besatzungsmacht beschlossene Bodenreform aus. Zum anderen gingen sie mit der Forderung nach Renten-

20 Vgl. Flügge/Hein, „Gut wie das Land“ – Die SPD, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 36.

21 Zu den folgenden Informationen vgl. die Wahl- bzw. Regierungsprogramme der SPD in den entsprechenden Jahren: (1990) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Wahlprogramm, Schwerin 1990; (1994) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Besser regieren, Regierungsprogramm 1994 der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1994; (1998) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Besonders im Osten. SPD-Regierungsprogramm 1998–2002, Schwerin 1998; (2002) vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, in: ZParl, Nr. 1 (2003), S. 60–79, hier: 65–67; (2006) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Zukunft aus eigener Kraft, Regierungsprogramm 2006–2011, Schwerin 2006; (2011) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Regierungsprogramm 2011–2016, Schwerin 2011.

gerechtigkeit in Relation zu den alten Bundesländern in den Wahlkampf. Zu guter Letzt versprachen die Sozialdemokraten im Falle eines Wahlsieges eine konsolidierende Finanzpolitik. Im Vergleich zur parallel stattfindenden Bundestagswahl nahm die Ausgestaltung des Sozialstaates erneut eine untergeordnete Rolle ein.

In die Wahlkämpfe zu den 1998 zeitgleich stattfindenden Bundestags- und Landtagswahlen ging die SPD in Bund und Land mit nahezu deckungsgleichen Programmen. Dies zeigt sich exemplarisch an den Titeln der Wahlprogramme („Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“) und den meisten Slogans, die im Land durch den Zusatz „Besonders im Osten“ ergänzt wurden. Gemeinsame Akzente waren abermals die spezifisch ostdeutschen Interessen und die innere Sicherheit. Erstmals wurde das Thema soziale Gerechtigkeit auch in Mecklenburg-Vorpommern mit ähnlicher Intensität wie im Bund behandelt. Hinsichtlich des Themenkomplexes Arbeitsplätze/Wirtschaft lagen die Fokusse analog auf die Bereiche Verkehr und Mittelstandsförderung. Im Land wurde außerdem der Ausbau des Tourismus als Quelle neuer Arbeitsplätze gesehen. Konträr zum Bund setzte die SPD im Land einen zusätzlichen Schwerpunkt auf die Förderung ländlicher Räume.

Bei den 2002 wieder simultan abgehaltenen Wahlen auf Bundes- und Landesebene waren die Wahlprogramme der Regierungspartei auf beiden Ebenen im Gegensatz zu 1998 voneinander entkoppelt und unterschieden sich dementsprechend stärker als vier Jahre zuvor. In Mecklenburg-Vorpommern konzentrierten sich die Sozialdemokraten vermehrt, wie schon im Vorfeld der letzten Urnengänge, auf die Themenbereiche soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhang von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Des Weiteren kam es zu einer verhältnismäßig starken Beschäftigung mit Umweltpolitik, die jetzt keinen untergeordneten Platz mehr im Wahlprogramm einnahm. Die Bundesebene hingegen versuchte mit einem weit aufgefüllten Themenangebot von den durch die Regierung Schröder nicht erreichten selbst gesteckten Zielen bei den Arbeitsmarktzahlen abzulenken. Deshalb verwundert es nicht, dass dieser Bereich nicht im Mittelpunkt des Wahlprogramms stand. Stattdessen standen die Themen soziale Gerechtigkeit, innere Sicherheit und die Angleichung der Lebensverhältnisse im Westen und Osten der Republik im Vordergrund.

Da die Landtagswahl 2006 erstmalig vollständig zeitlich abgekoppelt von der Wahl zum deutschen Bundestag durchgeführt wurde, lassen sich die jeweiligen Programme (Bund 2005) nur bedingt miteinander vergleichen. Während auf Bundesebene die Bekämpfung der bedrückend hohen Arbeitslosigkeit, die soziale Gerechtigkeit und die Familienförderung das wiederholt weit gefächerte Wahlprogramm dominierten, konzentrierte sich die SPD im Land 2006 auf nur vier Kernthemen: Wirtschaft/Arbeitsplätze, Chancengleichheit im Bildungssystem, Förderung von Kindern und Familien und eine breit angelegte Verwaltungsmodernisierung. Letztere war in der abgelaufenen Legislaturperiode bereits einmal gescheitert und nahm nun im Wahlprogramm einen wichtigen Platz ein. Neuartig war in vergleichender Perspektive, dass die Sozialdemokraten sowohl im Bund als auch im Land auf die Gefahren des Rechtsextremismus hinwiesen,

wenngleich dies in Mecklenburg-Vorpommern eine höhere Bedeutung hatte (drohender NPD-Landtagseinzug 2006) und bereits infolge der ausländerfeindlichen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992 thematisiert wurde.

Auch die Landtagswahl 2011 fand losgelöst von der Bundestagswahl 2009 statt, weshalb der Vergleich dieser beiden Programme nur ein unscharfes Bild zeichnen kann. Im weit gefächerten Themenspektrum anlässlich der Bundestagswahl lassen sich mit den Themen Familienförderung, soziale Einheit, Umweltpolitik und dem Ausbau Erneuerbarer Energien sowie einer Fortentwicklung der ländlichen Räume einige Eckpunkte festmachen. Vor allem die letzten beiden Punkte nahmen neben den klassischen Sujets auch im SPD-Regierungsprogramm für das Jahr 2011 großen Raum ein. Als Schwerpunkte lassen sich unter den Stichworten „Gesundheitsland MV“ und „Kinderland MV“ die Familienförderung und der Ausbau der Gesundheitswirtschaft ausmachen. Überdies forderten die Sozialdemokraten mehr Chancengleichheit im Bildungssektor. Ein dominierendes Wahlkampfthema war jedoch erneut die Förderung des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieser Komplex stellt seit 1990 ein Kontinuum der sozialdemokratischen Wahlprogrammatik im Land dar.

4 Die SPD und ihre Wählerschaft

„Aufräumen, Aufbauen, Zukunft gewinnen“ – Die Landtagswahl 1990

In die Landtagswahl 1990 schickte die SPD mit Klaus Klingner, dem amtierenden Justizminister Schleswig-Holsteins, einen erfahrenen Polit-Profi ins Rennen um das Amt des Ministerpräsidenten. Obgleich er seit 1971 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages war, konnte seitens der SPD auf regionale Verankerung verwiesen werden. Klingner wurde 1935 in Potsdam geboren und ist in Mecklenburg aufgewachsen. Damit konnten in glaubwürdiger Art und Weise einerseits Erfahrung und Kompetenz und andererseits die wichtige regionale Verbundenheit vermittelt werden.²² Dennoch erschien – selbst aus Sicht mancher Sozialdemokraten – der christdemokratische Gegenkandidat Alfred Gomolka als der sympathischere Kandidat.²³

Neben der wahlkampfstrategischen Konzentration auf den Spitzenkandidaten Klingner setzte die SPD auf eine zweifelsfreie Abgrenzung zum SED-Staat. Diese Absicht manifestierte sich auch in der Ausdeutung des Wahlslogans. „Aufräumen mit den Restbeständen alter SED-Strukturen, Aufbauen demokratischer Formen der Bürgerbe-

22 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Partei und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 80.

23 Vgl. ebd.

teilung, einer effektiven Landesverwaltung und Infrastruktur.“²⁴ Infolge dieser Grundausrichtung schloss die SPD eine Koalition mit der SED-Nachfolgepartei PDS von vornherein konsequent aus.

Allerdings war der Landtagswahlkampf nicht nur von landespolitischen Themen geprägt, da die sieben Wochen später stattfindende erste gesamtdeutsche Bundestagswahl bereits ihre Schatten voraus warf. Dabei war der Spitzenkandidat der Bundes-SPD, Oskar Lafontaine, für den amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich als Vater der Einheit besonders in den neuen Bundesländern größter Beliebtheit erfreute, kein gleichwertiger Gegner. Mit diesem Umstand hatten 1990 alle Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern schwer zu kämpfen. Insofern war die einzig sinnvolle Alternative für Klingner ein in jeder Form auf Mecklenburg-Vorpommern konzentrierter Wahlkampf.²⁵

Das Ergebnis dieser Kampagne war jedoch für die Sozialdemokraten ernüchternd. Bei der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 erhielten sie, ähnlich wie bei der Volkskammerwahl im März und der späteren Bundestagswahl, nur rund 27 Prozent der Zweitstimmen. Damit lagen sie deutlich hinter der von Gomolka geführten CDU (38,3 Prozent), aber auch deutlich vor der LL/PDS (15,7 Prozent), die sich im Verlaufe des Jahres zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz im linken Spektrum entwickelt hatte. Die untergeordnete Rolle der SPD manifestierte sich besonders in der Verteilung der Wahlkreise. Von 33 Wahlkreisen konnten die Sozialdemokraten lediglich vier (CDU: 29) gewinnen, drei in Rostock und einen in Wismar. Die erfolgreichen sozialdemokratischen Kandidaten waren Rolf Eggert (Wismar), der spätere Fraktionschef Ringstorff, sowie die später nicht der SPD-Fraktion angehörenden Wolfgang Schulz und Reinhardt Thomas. Durch den Übertritt von Schulz zur CDU ergab sich die zunächst nicht erreichte bürgerlichen Mehrheit (33 von 66 Sitzen) doch noch, womit eine Große Koalition nicht notwendig wurde. „Innerhalb der SPD führte dies zu einer nachhaltigen Verstimmung und dem Gefühl, um die Teilhabe am Wahlergebnis betrogen worden zu sein.“²⁶ Infolgedessen musste die SPD die erste Legislaturperiode in der Opposition verbringen.

„Besser regieren – unser Land kann mehr!“ – Die Landtagswahl 1994

Nach vier Jahren in der Opposition bestritt die SPD die Landtagswahl 1994 mit ihrem aus Mecklenburg stammenden Fraktionschef und Oppositionsführer Ringstorff. Die Zerwürfnisse zwischen den großen Volksparteien infolge des „Betrugs“ am Wahler-

24 Vgl. Rede von Klaus Klingner, Aufräumen und Aufbauen: Gemeinsam Zukunft sichern für ein modernes MV am 26. 08. 1990 in Neubrandenburg, zit. Nach Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 79.

25 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 80.

26 Ebd., S. 80.

gebnis 1990 spiegelten sich auch im Verhältnis der Spitzenkandidaten Ringstorff und Ministerpräsident Seite wider.²⁷ Im direkten Vergleich schnitt jedoch der seit 1992 regierende christdemokratische Amtsinhaber Seite hinsichtlich der Popularität aufgrund seines Amtsbonus als Landesvater mit 62 zu 48 Prozent (Stand August 1994) wesentlich besser ab als der regional verbundene Herausforderer, der sein Schattenkabinett nur aus ostdeutschen Kandidaten bildete.²⁸

Inhaltlich konzentrierte sich die SPD auf drei Kernthemen. „Aufarbeitung und Versöhnung“, Gerechtigkeit in jeglicher Hinsicht und Verhinderung der Abwanderung. Unter „Aufarbeitung und Versöhnung“ verstanden die Sozialdemokraten auch die Anerkennung der Lebensleistung früherer DDR-Bürger ohne dies mit Anpassung an das Regime gleichzusetzen. Sie stellten sich damit als „Anwalt der Ost- und Landesinteressen dar“.²⁹ Dies beinhaltete – ganz im Gegensatz zum Landtagswahlkampf 1990 – auch eine Annäherung an die PDS, welche zu innerparteilichen Diskussionen über etwaige Koalitionsmöglichkeiten führte. Ringstorff lehnte solche Bestrebungen jedoch in der Öffentlichkeit ab.³⁰

Im Herbst 1994 warf die Bundestagswahl nicht nur ihre Schatten voraus, sondern überschattete die Landtagswahl infolge des gleichen Wahltermins. Hierbei zeichnete sich ab dem Spätsommer in Bund und Land ein gemeinsamer Trend hinsichtlich der Umfragewerte ab. Nach vielen Niederlagen bei Landtagswahlen erholte sich die zunächst angeschlagene CDU sukzessive und überflügelte die Sozialdemokraten im Bund und mit zeitlicher Verzögerung auch im Land.³¹ Die Genossen hatten der mehrmaligen Präsenz des Bundeskanzlers Kohl in Mecklenburg-Vorpommern nur wenig entgegenzusetzen.³²

Insofern ist es kaum überraschend, dass die erzielten Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern für Land- und Bundestagswahlen nur marginal (SPD: 0,7 Prozentpunkte) voneinander abwichen. Für die SPD ergab sich im Vergleich zu 1990 ein geringer Zuwachs auf nunmehr 29,5 Prozent (+2,5 Prozentpunkte) während die Union ihre Stellung als stärkste Partei im Land mit 37,7 Prozent (–0,6 Prozentpunkte) klar behaupten konnte. Die Sozialdemokraten blieben damit weiterhin deutlich zweite Kraft, obwohl die PDS ihre Stellung im linken Spektrum weiter ausbauen konnte (23,7 Prozent). Bei den Direktmandaten konnte die SPD 1994 sieben Wahlkreise für sich entscheiden, lag damit aber weiterhin klar hinter den Christdemokraten (28). An der Verteilung der Erststimmen im Land lässt sich ein Muster bezüglich der sozialdemokratischen Hochburgen ableiten, welches stark mit der regionalen Verteilung der Zweitstimmen über-

27 Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Das Dilemma der SPD, in: FAZ, 25. 10. 1994.

28 Vgl. ebd.

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 85.

31 Vgl. Werz/Schmidt, Das Dilemma der SPD, in: FAZ, 25. 10. 1994.

32 Vgl. ebd.

einstimmt: Besonders stark ist die SPD tendenziell in den städtischen Zentren (Rostock, Wismar, Schwerin), sowie in den westmecklenburgischen Kreisen Nordwestmecklenburg und Ludwigslust.³³ Ihr stärkstes Ergebnis errang sie in der Hansestadt Wismar mit 40,6 Prozent während sie ihr schlechtestes Ergebnis im Wahlkreis Demmin I mit nur 18,8 Prozent erzielte. Diese beiden Werte illustrieren exemplarisch die divergierenden Zweitstimmenergebnisse der SPD in Mecklenburg und Vorpommern.

Durch das starke Abschneiden der PDS bei gleichzeitigem Ausscheiden aller anderen Kräfte aus dem Landtag bildete sich in Mecklenburg-Vorpommern ein Dreiparteiensystem heraus, indem die SPD die einzige Partei mit zwei realistischen Koalitionsoptionen war. Unter anderem deshalb führte die SPD-Spitze nach der Wahl Sondierungsgespräche mit beiden möglichen Partnern. Auch auf Druck der Bundesspitze entschieden sich die Sozialdemokraten jedoch letztlich gegen ein Rot-Rotes Bündnis unter ihrer Führung und gingen als Juniorpartner in eine Große Koalition.³⁴

„Mehr Arbeit, mehr Gerechtigkeit, mehr Kraft. Besonders im Osten.“ – Die Landtagswahl 1998

Auch 1998 standen sich wieder der amtierende Ministerpräsident Seite und SPD-Fraktionschef Ringstorff gegenüber, deren Verhältnis sich infolge der Regierungskrise 1996, bei der letzterer sein Amt als Wirtschaftsminister abgab, weiter verschlechterte. Dieses „Klima der Verachtung“³⁵ breitete sich auch auf die Regierungskoalition aus und machte die SPD zur „Opposition in der Regierung“.³⁶ Allerdings ließ sich in Umfragen bei der Direktwahlfrage kein Bonus für den Amtsinhaber mehr feststellen. Im Gegenteil, Ringstorff wurde leicht vorne gesehen (41 Prozent zu 38 Prozent).³⁷

Inhaltliche Schwerpunkte des SPD-Wahlkampfes waren Arbeit, Soziale Gerechtigkeit und Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen. Besonderes Gewicht erhielten die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, besonders im öffentlichen Sektor.³⁸ Des Weiteren viel ein gewisser Anti-Bonn-Affekt ins Auge, einige Kandidaten versuchten deshalb offensiv ihre regionale Verbundenheit zu betonen.³⁹

Der Themenwahlkampf wurde seitens der SPD stark personalisiert geführt, was sich exemplarisch an den Wahlplakaten zeigte. Durchweg alle Themen wurden mit dem

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 86–87.

35 Dieter Wenz, Im Vorgriff auf dunkelrote Zeiten, in: FAZ, 18. 06. 1998.

36 Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten, in: FAZ, 09. 10. 1998.

37 Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998, in: ZParl, Nr. 1 (1999), S. 97–116, hier: 106.

38 Vgl. ebd., S. 103.

39 Vgl. Werz/Schmidt, Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten, in: FAZ, 09. 10. 1998.

Konterfei des Herausforderers Ringstorff gekoppelt, der auf diese Weise als „potentiell starke[r] Ministerpräsident[...]“⁴⁰ präsentiert wurde. Darüber hinaus fand ein von Ringstorff forcierter und persönlich durchgeführter Angriffswahlkampf auf den christdemokratischen Amtsinhaber statt. Er bezeichnete ihn beispielsweise als „Marionette [von Helmut Kohl; die Autoren]“, welche das „Einknicken zum Leistungssport“ machte und warf der CDU darüber hinaus „die Spaltung der Gesellschaft vor.“⁴¹

Wie schon bei der Landtagswahl 1994 gab es auch 1998 wieder einen doppelten Urnengang, da die Bundestagswahl erneut parallel stattfand. Auch die Umfragewerte der SPD im Land korrelierten mit der positiven Entwicklung auf Bundesebene, wobei die „Sozialdemokraten [im Unterschied zu 1994] ihren Vorsprung bis zum Wahltag halten [konnten].“⁴² Anhand der Entwicklung der Umfragewerte zeigt sich, dass der bundespolitische Einfluss – stärker noch als 1994 – die landespolitischen Themen in den Hintergrund drängte. Die allgemeine Abwahlstimmung am Ende der Ära Kohl und die Auswirkungen der so genannten Vereinigungskrise bescherten den Genossen massiven Auftrieb, der sich auch auf Mecklenburg-Vorpommern übertrug. Überdies erhielt die Landespartei personelle Unterstützung aus der SPD-Bundesführung, unter anderem von Kanzlerkandidat Gerhard Schröder und Parteichef Lafontaine.⁴³

Dies führte am 27. September 1998 zu einer Veränderung der „politischen Kräfteverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern“.⁴⁴ Die SPD erreichte mit Gewinnen von 4,8 Prozentpunkten nunmehr 34,3 Prozent der Zweitstimmen und wurde damit eindeutig stärkste Kraft im Nordosten. Sie verwies die CDU (30,2 Prozent) und die PDS (24,4 Prozent) auf die Ränge zwei und drei. Damit verbesserte sich die machtpolitische Position der Sozialdemokraten nochmals. Sie war die einzige Partei, die den Posten des Regierungschefs beanspruchen konnte. Auch bei der Verteilung der Direktmandate konnte sich die SPD enorm verbessern, indem sie die Anzahl der gewonnenen Wahlkreise auf 20 steigerte (+13). Die flächendeckenden Gewinne der Sozialdemokraten schlugen sich in den besonders starken Zuwächsen in den ehemaligen CDU-Hochburgen nieder. Die SPD erzielte in 23 Wahlkreisen den höchsten Zweitstimmenanteil.⁴⁵ Am Grundmuster der regionalen Verteilung hat sich mit der Wahl von 1998 jedoch wenig geändert. Während die SPD im westlichen Landesteil tendenziell ihre stärksten Ergebnisse einfahren konnte, war es ihr nach wie vor nicht möglich die Spitzenposition im vorpommerschen Landesteil zu erringen. So kam sie in Demmin I, trotz großer Zu-

40 Hans-Joachim Guth, Ringstorff gibt sich betont angriffslustig, in: NK, 08.06.1998 und Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998, in: ZParl, Nr. 1 (1999), S. 103.

41 Guth, Ringstorff gibt sich betont angriffslustig, in: NK, 08.06.1998 und Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998, in: ZParl, Nr. 1 (1999), S. 103.

42 Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998, in: ZParl, Nr. 1 (1999), S. 105.

43 Vgl. ebd., S. 103.

44 Vgl. Werz/Schmidt, Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten, in: FAZ, 09.10.1998.

45 Vgl. ebd.

gewinne, nicht über 27,2 Prozent hinaus, wohingegen sie ihre Hochburg Wismar mit 43,4 Prozent noch weiter ausbauen konnte.

Durch die bereits beschriebene veränderte machtpolitische Konstellation boten sich der SPD zwei mögliche Koalitionspartner an. Bei den mit CDU und PDS aufgenommenen Sondierungen wurde von sozialdemokratischer Seite ausgelotet, welcher Partner zu den größeren Zugeständnissen bereit war. Schließlich entschied man sich – auch aufgrund persönlicher Differenzen zwischen Ringstorff und dem Vertreter der CDU Rehberg⁴⁶ – für die PDS, von deren „ursprünglichen Forderungen kaum etwas übriggeblieben“⁴⁷ war. Harald Ringstorff wurde anschließend Regierungschef der bundesweit ersten Rot-Roten Koalition, nachdem die Bundesspitze ihren Widerstand dagegen bereits im Sommer aufgegeben hatte.⁴⁸

„Die Kraft des Landes“ – Die Landtagswahl 2002

Vier Jahre später strebte der mittlerweile bekannteste Politiker des Landes, Ministerpräsident Ringstorff, eine Verteidigung seines 1998 erworbenen Amtes an. Sein Gegenkandidat wurde der langjährige CDU-Fraktionschef im Landtag Eckhardt Rehberg. Zwischen dem bodenständigen Amtsinhaber Ringstorff und dem angriffslustigen Herausforderer taten sich auch persönliche Gegensätze auf. Allerdings galt der Ministerpräsident im Vergleich zum Oppositionsführer als sozialer und sympathischer. Darüber hinaus war es ihm gelungen in den vier Jahren seiner Regierungszeit einen Amtsbonus aufzubauen.⁴⁹

Inhaltlich konzentrierte sich die SPD mit den Themen Soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik auf ihre bekannten Kernkompetenzen. Neben diesen Themen setzten die Sozialdemokraten jedoch auch verstärkt „auf die notwendige Balance“⁵⁰ zwischen jenen Kernkompetenzen und der Wirtschaft. Zum ersten Mal machten die Genossen die Umweltpolitik explizit zum Wahlkampfthema, wenngleich es im Verhältnis zu den klassischen Themen in den Hintergrund trat.⁵¹

Nach dem Erfolg bei der letzten Landtagswahl wurde auch dieser Wahlkampf personalisiert und nicht zuletzt aufgrund der Popularität des Regierungschefs auf ihn zugeschnitten. Infolge der Strategie Rehbergs die negative Leistungsbilanz der Rot-Roten

46 Vgl. Steffen Schoon, Mecklenburg-Vorpommern – Pragmatismus und Kontinuität bei struktureller Schwäche, in: Andreas Kost/Werner Rellecke/Reinhold Weber (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern, Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 242–254, hier: S. 246.

47 Vgl. Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998, in: ZParl, Nr. 1 (1999), S. 113.

48 Vgl. Werz/Schmidt, Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten, in: FAZ, 09.10.1998.

49 Vgl. Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, in: ZParl, Nr. 1 (2003), S. 65–67.

50 Vgl. ebd., S. 65.

51 Vgl. ebd., S. 67.

Regierung herauszuarbeiten (Arbeitslosenquote, wirtschaftliche Entwicklung), „warf [Ringstorff; die Autoren] [...] dem CDU-Spitzenkandidaten mehrfach vor, das Land schlecht zu reden.“⁵² Überdies verwies er polemisch auf die in Mecklenburg-Vorpommern eine kleine Minderheit darstellende katholische Konfession seines Konkurrenten und monierte, dass „die Landes-CDU Wahlkampf in den Farben des Vatikans betreiben würde.“⁵³

Auch im Herbst des Jahres 2002 fanden die Landtags- und Bundestagswahlen simultan statt. Infolgedessen kam es wie schon seit 1990 zu einer bundespolitischen Überlagerung der Landtagswahl. Das Ergebnis der Landes-SPD hing damit in hohem Maße von der Performanz der Bundes-SPD und insbesondere von Bundeskanzler Gerhard Schröder ab, was sich an den weitgehend korrelierenden Umfragewerten nachvollziehen lässt. Dabei profitierten die Sozialdemokraten auch in Mecklenburg-Vorpommern vom Kanzlerbonus des mehrmaligen Wahlhelfers Schröder in Folge der Elbe-Flut und der konsequenten Ablehnung eines militärischen Eingreifens durch deutsche Truppen im Irak; daraus resultierte im Juli 2002 ein Stimmungsumschwung für die SPD.⁵⁴ Darüber hinaus war die „regelrechte Anti-Stoiber-Stimmung“⁵⁵ in den neuen Bundesländern, welche die Popularität Schröders steigerte, für die Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern nutzbringend.

In der Summe dieser positiven Begleitumstände ging die sozialdemokratische Partei am 22. September 2002 als strahlende Siegerin – mit dem besten Ergebnis aller Parteien seit 1990 – aus der Landtagswahl hervor. Mit nunmehr 40,6 Prozent (+6,3 Prozentpunkte) der Zweitstimmen konnte sie die CDU (31,4 Prozent) deutlich distanzieren, während ihr Koalitionspartner PDS mit nur noch 16,4 Prozent etwa ein Drittel seines Stimmanteils einbüßte. Damit war es für den Wahlsieger – der weiterhin über zwei Optionen der Koalitionsbildung verfügte – möglich gestärkt in die Koalitionsverhandlungen zu gehen. Die flächendeckenden Gewinne der Sozialdemokraten schlugen sich sowohl im Zweitstimmenanteil (stärkste Kraft in 28 Wahlkreisen, davon zwei mit absoluter Mehrheit) als auch bei der Verteilung der Erststimmen (24 von 36 Direktmandaten) nieder. Bezüglich des regionalen Wahlverhaltens im Land lässt sich feststellen, dass die SPD in ihren ohnehin starken Wahlkreisen überdurchschnittliche Gewinne erzielte, während ihre Zuwächse und Ergebnisse in Vorpommern (SPD: 34,7 Prozent/CDU: 37,3 Prozent) eher moderat ausfielen und sie dort die CDU als stärkste Kraft nicht verdrängen konnte. Dies zeigt sich wiederholt an den Extrema der SPD-Ergebnisse in Wismar (52,6 Prozent) und Demmin I (31,8 Prozent), die nach wie vor stellvertretend für ihren Landesteil stehen.⁵⁶

52 Ebd.

53 Ebd.

54 Vgl. ebd., S. 66.

55 Wolfgang Rex, Mit linker Politik gewonnen?, in: ND, 10. 10. 2002.

56 Vgl. Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, in: ZParl, Nr. 1 (2003), S. 67–71.

Die als Rot-Rotes Experiment gestartete Koalition konnte infolge der Landtagswahl mit einem gestärkten Senior- und einem geschwächten Juniorpartner fortgesetzt werden.

„Den Erfolg fortsetzen“ – Die Landtagswahl 2006

Im Jahr 2006 ging für die Sozialdemokraten zum vierten Mal seit 1994 Ministerpräsident Ringstorff ins Rennen gegen den CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Seidel. Ringstorff wurde von den Wählern folgende Eigenschaften bescheinigt: Starke Führungspersönlichkeit, Sympathie, angenehme Ausstrahlung und hohe Affinität zum Land. Diese Eigenschaften gestatten es von einem Landesvaterimage mit zugehörigem Amtsbonus zu sprechen.⁵⁷

Als Kernthemen für den Wahlkampf erkor die SPD erneut Wirtschaft und Arbeit. Hinzu kamen noch die nachgeordneten Blöcke „Bildung und Gerechtigkeit“ sowie „Kinder und Familien“. Darüber hinaus wurde unter dem Titel „Gemeinsam Nazis verhindern“ die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus allgemein und mit der NPD im Besonderen gesucht.⁵⁸

In Bezug auf die Wahlkampfstrategie verließen sich die Sozialdemokraten auf den bereits erprobten persönlichen Zuschnitt auf Ringstorff („Auf den Ministerpräsidenten kommt es an“) ergänzt durch das Motto „Den Erfolg fortsetzen“, mit dem sie auf eine vorgeblich positive Leistungsbilanz verweisen wollten.⁵⁹ Zumindest der erste Teil der Strategie war auf Basis der klaren Präferenz in der hypothetischen Direktwahlfrage zu Gunsten des Amtsinhabers sinnvoll (55:33).⁶⁰ Im Rahmen des Angriffswahlkampfes betonte die SPD das gute Verhältnis Seidels zur Bundeskanzlerin und verunglimpfte diesen als „Filialleiter von Frau Merkel“⁶¹. Darüber hinaus wurde wenige Tage vor der Wahl ein Anti-NPD-Wahlkampf forciert. Dieses Vorgehen erklärte sich mit dem Kalkül einerseits der NPD den Einzug in den Landtag zu erschweren und andererseits sich – gegenüber den anderen Parteien – als Kämpferin gegen Rechtsextremismus zu profilieren.⁶²

Erstmals seit 1990 fand die Landtagswahl getrennt von der Bundestagswahl statt. Für die SPD bedeutete dies, dass ein ähnlicher Rückenwind von der Bundesebene, wie einst 1998 und 2002, ausblieb. Im Gegenteil, durch die Unbeliebtheit der Großen Koalition im Bund zu diesem Zeitraum wirkte sich der Bundestrend negativ aus, obgleich aufgrund

57 Vgl. Timm, Auf den Ministerpräsidenten kam es an – Die SPD, in: Schoon/Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006, 2006, S. 23.

58 Vgl. ebd., S. 24 und 27.

59 Vgl. ebd., S. 23 und 25.

60 Vgl. ebd., S. 28.

61 Ebd., S. 24.

62 Vgl. ebd., S. 27.

der nicht vorhandenen Kopplung der Wahltermine nicht so intensiv. Dementsprechend verzichteten die Genossen weitgehend auf bundespolitische Prominenz.⁶³

Unter den gegebenen Umständen war es der SPD jedoch nicht möglich den Erfolg vergangener Landtagswahlen fortzusetzen. Sie erlitt zweistellige Verluste und rutschte auf einen Anteil von 30,2 Prozent (–10,4 Prozentpunkte) der Zweitstimmen ab. Aufgrund der Verluste der Christdemokraten (28,8 Prozent) blieb sie knapp stärkste Kraft und verfügte weiterhin über zwei Koalitionsoptionen von denen die mit der Partei Die LINKE.PDS äußerst riskant war (36 von 71 Sitzen). Die durchgängigen Verluste werden auch am Verlust von neun Direktmandaten (nun 15 von 36) deutlich. Insgesamt lag die CDU bei den Erststimmen sogar vor der SPD. Das regionale Muster bezüglich der Zweitstimmenverteilung änderte sich im Vergleich zu den vorangegangenen Landtagswahlen nur unwesentlich. Die traditionelle Stärke der SPD in Mecklenburg kulminierte erneut in ihrer Hochburg Wismar (40 Prozent) und erreichte ihr Minimum abermals in Demmin I (21,8 Prozent).

Unter diesen Vorzeichen ergaben sich für die SPD „Kontinuität und Wandel“⁶⁴ zugleich. Nach wie vor blieb sie stärkste Kraft, stellt den Ministerpräsidenten und behält die Schlüsselstellung im Parteiensystem, befand sich nun aber in einem Fünfparteiensystem und einer Großen Koalition.⁶⁵

„Gut, wie das Land“ – Die Landtagswahl 2011

In die Landtagswahl 2011 wurde die SPD von ihrem Landesvorsitzenden und seit 2008 regierenden Ministerpräsidenten Sattering geführt. Trotz seiner westfälischen Herkunft profilierte er sich als „Ossi-Versteher“ und erreichte unter anderem wegen seinem fröhlichen und zugänglichen Auftreten alsbald sogar höhere Popularitätswerte als sein Vorgänger.⁶⁶ In diesen Eigenschaften unterschied er sich grundlegend vom Innenminister und Herausforderer Lorenz Caffier (CDU).

Die Kernthemen gestalteten sich im Vergleich zu den Vorjahren wenig abwechslungsreich. Arbeit (Mindestlohn) und Wirtschaft (Tourismus, Gesundheit, erneuerbare Energien) standen neben dem Themenblock Familie und Kinder (Kitaplätze) im Vordergrund des Wahlkampfes.⁶⁷

Wie für eine Regierungspartei üblich, legte die SPD den Fokus im Wahlkampf auf eine positive Bilanzierung der Leistung der letzten Legislaturperiode. Unter dem mar-

63 Vgl. ebd., S. 22 und 28.

64 Ebd., S. 29.

65 Vgl. ebd.

66 Vgl. Michael Schlieben, Ein Ossi-Versteher, viele Optionen, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/mecklenburg-vorpommern-wahl-sattering> (Stand: 21. 09. 2011).

67 Vgl. Flügge/Hein, „Gut wie das Land“ – Die SPD, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 38.

kanten Slogan „Gut, wie das Land“ versuchten die Sozialdemokraten die vorgeblich positive Entwicklung im Land auf die Partei zu projizieren. Zusätzlich war der Wahlkampf auf den gleichermaßen im Volk beliebten und bekannten Sellering zugeschnitten worden. Bei einer etwaigen Direktwahl hätten sich 74 Prozent für den medienaffinen Amtsinhaber und nur 14 Prozent für seinen eher unscheinbaren Innenminister entschieden.⁶⁸ Mit der Unterstützung von Aktionen wie „Endstation Rechts“ und „Storch Heinar“ betrieben die Genossen den einzig bedeutsamen Angriff im Wahlkampf gegen die NPD. Angriffe auf den Koalitionspartner blieben mit Blick auf die eigene Leistungsbilanzstrategie aus.⁶⁹

Aufgrund der erneuten Entkopplung der Bundestagswahlen von den Landtagswahlen war der Einfluss des Bundestrends nicht übermannend; landespolitische Themen rückten in den Vordergrund. Der für die SPD nur mittelmäßige Bundestrend war daher nicht wahlentscheidend.

Mit einem Ergebnis von 35,6 Prozent (+5,4 Prozentpunkte) der Zweitstimmen konnte die SPD die CDU (23,0 Prozent) deutlich distanzieren. Sie konnte damit – wie schon seit 1998 – ihre koalitionsstrategische Position behaupten. Auch die 2006 verlorenen Direktmandate wurden von den Genossen im Nordosten zurückerobert (24 von 36). Grundsätzlich blieb auch die regionale Verteilung zwischen den beiden Landesteilen stabil: In Mecklenburg erzielte die SPD mit 38,2 Prozent ihre stärksten Ergebnisse, wohingegen sie in Vorpommern nur 29,5 Prozent der Zweitstimmen erringen konnte. Allerdings verdrängte sie damit zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung die CDU in diesem Landesteil von ihrer Führungsposition.⁷⁰ Wie durchgängig seit 1990 war auch 2011 die Hansestadt Wismar der beste Wahlkreis (45,9 Prozent) für die SPD. Der offiziell schlechteste Wahlkreis war Rügen I mit nur 22,4 Prozent, wobei dieser Wert erheblich durch Effekte der Nachwahl in diesem Wahlkreis verzerrt wurde. Der von den übrigen Wahlkreisen schwächste war Nordvorpommern II (27,0 Prozent).⁷¹

Nach Sondierungen mit beiden möglichen Koalitionspartnern entschieden sich die Sozialdemokraten für eine im Land präferierte Fortsetzung der Großen Koalition, in die sie angesichts ihres Wahlergebnisses gestärkt gehen konnte.

68 Vgl. ebd., S. 39.

69 Vgl. ebd., S. 40.

70 Vgl. ebd., S. 41.

71 Vgl. ebd.

„Weiblich, über 60, formal niedrige Bildung“ – Die Wählerstruktur der SPD in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990

Bei der Zusammensetzung der SPD-Wählerschaft in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 von einer Struktur zu sprechen wäre aufgrund ihrer diffusen Komposition übertrieben. Dennoch lassen sich einige grundlegende Tendenzen erkennen.⁷²

Die Diskrepanzen innerhalb der SPD-Wählerschaft hinsichtlich des Geschlechts waren – soweit erhoben – bis Ende des Jahrtausends gering. Seit 2002 jedoch konnten die Genossen ihren Stimmanteil bei den weiblichen Wählern in Relation zu den Männern sukzessive erhöhen, sodass die SPD bei der Landtagswahl 2011 von rund 40 Prozent der Frauen gewählt wurde, womit diese acht Prozentpunkte vor den Männern rangierten. Diese Tendenz zeigt sich unabhängig vom Alter.

Hinsichtlich der Alterszusammensetzung lässt sich konstatieren, dass mit steigendem Lebensalter der Anteil an SPD-Wählern zunimmt. Weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt die Partei folgerichtig regelmäßig bei der Gruppe der über 60-jährigen, wohingegen sie in allen anderen Altersgruppen gemeinhin unter dem Landesschnitt liegt. Seit 1998 weisen die Genossen dementsprechend klare Defizite in der Gruppe der Jungwähler auf, die in der Regel auch die schwächste Altersgruppe der SPD bilden.

Aus der Alterszusammensetzung ergibt sich bei Betrachtung der Berufsgruppen vernunftgemäß eine starke Dominanz der Gruppe der Rentner. Weit unterdurchschnittliche Ergebnisse errang die SPD wiederkehrend bei den Selbständigen. Während die Sozialdemokraten die Beamten im Verlaufe der Wahlen zu einer Wählergruppe mit überdurchschnittlichen Werten aufbauen konnten, büßten sie ihre starke Position bei Arbeitern und Arbeitslosen zunehmend ein, sodass ihre Wähleranteile mittlerweile unter dem Landesschnitt liegen.

In puncto Konfession liegt nur die Gruppe der Katholiken, konstant seit 1990, weit unter dem arithmetischen Mittel. Sowohl bei evangelischen Christen als auch bei Konfessionslosen ist die Abweichung vom Mittelwert zu vernachlässigen.

In Zusammenhang mit dem formalen Bildungsgrad lässt sich eruieren, dass die SPD in erster Linie bei formal niedrig gebildeten Wählern überdurchschnittliche Werte erzielen konnte. Bei der Wahlentscheidung zu Gunsten der SPD ist die einstmalige Diskrepanz zwischen mittlerer und hoher Bildung im Lauf der letzten 20 Jahre geschwunden, so dass dieser Unterschied bei der Wahl 2011 keine Rolle mehr spielte. „Die prototy-

72 Für Zahlenmaterial im Detail vgl. beispielsweise Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998, in: ZParl, Nr. 1 (1999), S. 109–111; Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, in: ZParl, Nr. 1 (2003), S. 71–73; Steffen Schoon, Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006, in: Schoon/Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006, 2006, S. 9–20 hier: S. 17–19; Steffen Schoon, Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern – regionale und soziale Strukturmuster des Wählerverhaltens, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 18–31, hier: 28–31.

pische SPD-Wählerschaft ließe sich demnach mit folgenden Attributen beschreiben: weiblich, [60 Jahre; die Autoren] und älter, formal niedriger Bildungsgrad⁷³.

Die SPD in MV – Einzige Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie im Osten?

Die SPD konnte in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 ihren Zweitstimmenanteil stufenweise erhöhen. Ausnahme waren die Landtagswahlen von 2006, bei denen die Sozialdemokraten auch infolge des überdurchschnittlichen Wahlergebnisses von 2002 Verluste einführen. Selbst nach dem Rückschlag bei den Wahlen 2006 konnte sie 2011 zu alter Stärke zurückfinden und übertrumpfte die Ergebnisse der ersten Landtagswahl 1990 bei weitem.

Diese Entwicklung ist für die SPD in den neuen Bundesländern eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Alle anderen Landesverbände erlitten zum Teil drastische Verluste im Vergleich zu den Wahlen 1990, die es teilweise nicht gestatten von einer Volkspartei zu sprechen. Neben Brandenburg ist der Nordosten der Republik das einzige Gebiet der neuen Länder, in dem die Genossen die stärkste Kraft im Parlament sind, was ihnen eine Schlüsselstellung im Parteiensystem verschafft; in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind sie dagegen derzeit nur dritte Kraft.

Tabelle 2 Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern seit 1990 (Zweitstimmen)

Bundesländer	1990	1994	1998	2002	2006	2011
Mecklenburg-Vorpommern	27,0	29,5	34,3	40,6	30,2	35,6
Sachsen-Anhalt	26,0	34,0	35,9	20,0	21,4	21,5
	1990	1994	1999	2004	2009	
Brandenburg	38,2	54,1	39,3	31,9	33,0	
Thüringen	22,8	29,6	18,5	14,5	18,5	
Sachsen	19,1	16,6	10,7	9,8	10,4	

Quellen: Angaben in Prozent, eigene Darstellung nach den Angaben der jeweiligen Landeswahlleiter.

73 Flügge/Hein, „Gut wie das Land“ – Die SPD, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 42.

5 Die SPD im Parlament und in der Regierung

1990–1994: Die SPD um die Regierung „betrogen“

Infolge des bereits beschriebenen Wahlergebnisses vom Oktober 1990 stellte die SPD mit anfangs 21 von 66 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion im Schweriner Schloss. Zum ersten Vizepräsidenten des Landtages für die Sozialdemokraten wurde der Abgeordnete Eggert gewählt. Fraktionschef wurde der Vorsitzende der Landespartei Ringstorff. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode verließ Wolfgang Schulz die SPD-Fraktion und unterstützte als fraktionsloser Abgeordneter CDU und F.D.P. 1992 folgte Reinhardt Thomas, der allerdings 1993 der CDU-Fraktion beitrug. Dementsprechend verfügte die SPD zum Ende der ersten Legislaturperiode nur noch über 19 Parlamentarier.⁷⁴ Dominierende Themen für die SPD-Mandatsträger waren die Erarbeitung einer Landesverfassung, der Untersuchungsausschuss zu den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen 1992 und der Umgang mit der Werftenkrise.

Als Konsequenz des „Verrat[s]“⁷⁵ von Wolfgang Schulz konnte sich eine bürgerliche Mehrheit zur Regierung formieren und die SPD fand sich in der Rolle einer Oppositionspartei wieder. Primäres Anliegen der SPD-Opposition war es, die vermeintlichen „Schwächen der Regierung schonungslos offen [zu legen; die Autoren] [...] um die CDU bei den nächsten Wahlen als stärkste Partei abzulösen.“⁷⁶ Aus wissenschaftlicher Perspektive wird dies durchaus anders gesehen. Vor allem in der ersten Phase beeinträchtigten innerparteiliche Diskussionen über den Umgang mit ehemaligen Stasi-Mitarbeitern und der Unmut über die verpasste Regierungsmöglichkeit die Oppositionstätigkeit.⁷⁷ Oppositionsführer Ringstorff wirkte sowohl im Vergleich zu Gomolka als auch zu dessen Nachfolger Seite als unpopulärer. Nur vereinzelt kam es zur Zusammenarbeit mit den Abgeordneten von LL/PDS, wie beispielsweise beim Misstrauensantrag gegen Kultusminister Oswald Wutzke.⁷⁸

1994–1998: „Schweriner Verhältnisse“ in der Koalition mit der CDU

23 von nunmehr 71 Abgeordneten gehörten seit der Landtagswahl 1994 der sozialdemokratischen Fraktion an, womit diese erneut zweitstärkste Kraft nach der CDU war. Erster Vizepräsident des Landtages wurde der SPD-Abgeordnete Manfred Reißmann, zum

74 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 80.

75 Rede von Harald Ringstorff auf „20 Jahre SPD-Fraktion im Landtag M-V“ am 19. 11. 2010 in Schwerin.

76 Ebd.

77 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 82.

78 Vgl. ebd., S. 82–83.

Fraktionschef wählten die SPD-Parlamentarier Gottfried Timm, welcher im April 1996 durch Ringstorff abgelöst wurde. Bestimmende Themen der Legislaturperiode waren die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Umgang mit der zweiten Werftenkrise, die Handhabe der DDR-Vergangenheit und die Kontroversen um die zukünftige Bildungs- und Schulpolitik. Im Hinblick auf die Vergangenheitspolitik war die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im Jahr 1994 in den neuen Bundesländern einmalig.⁷⁹

Die langwierigen und von schlechtem Klima geprägten Koalitionsverhandlungen mit der CDU mündeten in einer Großen Koalition, in der die Genossen als Juniorpartner fungierten. Das erwähnte schlechte Klima steht hierbei symptomatisch für den Umgang der Koalitionspartner in der gesamten Legislaturperiode, was von den Medien häufig mit dem Begriff „Schweriner Verhältnisse“⁸⁰ illustriert wurde. Kulminationspunkt in diesem gegenseitigen „Klima der Verachtung“⁸¹ war die Regierungskrise im April 1996. Im Zuge der Auseinandersetzung um die Werften warf die SPD Finanzministerin Bärbel Kleedehn (CDU) eigenmächtige Verhandlungen mit dem Bund vor und strebte gemeinsam mit der Fraktion der PDS ihren Rücktritt an. Die Krise endete mit einer größeren Kabinettsumbildung: Kleedehn wurde durch die Sozialdemokratin Sigrid Keler abgelöst und wechselte in das Bau-Ministerium, Jürgen Seidel (CDU) beerbte Ringstorff als Wirtschaftsminister. Letzterer schied – mit Blick auf die nächste Landtagswahl durchaus zufrieden – aus der Regierung aus und übernahm erneut den Fraktionsvorsitz.⁸² In dieser Position etablierte er sich als „Opposition in der Regierung“⁸³. Die weiteren sozialdemokratischen Minister waren Rolf Eggert (Justiz), Regine Marquardt (parteilos, Kultus) und Hinrich Kuessner (Arbeit und Soziales, ab 1996 stellvertretender Ministerpräsident). Zusammenfassend gesehen war das Verhältnis zu den Sozialisten besser als zum großen Koalitionspartner, was im Zuge der Regierungskrise sogar eine Rot-Rote Koalition möglich erscheinen ließ. Entsprechende Verhandlungen hatten stattgefunden und wurden auf Druck der Bundesspitze nicht abgeschlossen.⁸⁴

79 Vgl. Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998, in: ZParl, Nr. 1 (1999), S. 101.

80 Ebd., S. 98.

81 Ebd.

82 Vgl. ebd.

83 Ebd.

84 Vgl. ebd., S. 98–99.

1998–2002: Rot-Roter Tabubruch

Aus den Landtagswahlen 1998 ging die SPD mit 27 von 71 Abgeordneten erstmals als stärkste Fraktion hervor und konnte dementsprechend mit Hinrich Kuessner das Amt des Landtagspräsidenten übernehmen. Durch die Bildung einer Koalition mit den Sozialisten konnte die SPD mit Harald Ringstorff erstmals den Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern stellen. Zu ihrem Fraktionschef wählten die Genossen den seit 1994 im Landtag präsenten Volker Schlotmann. Entscheidende Debatten wurden um die notwendige Haushaltskonsolidierung, die Senkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre, die Einführung der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe, die Notwendigkeit einer Landesverwaltungs- und Funktionalreform sowie um mögliche Strategien zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit geführt. Hierbei spielte der Einstieg in den „Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektor“ (ÖBS) eine vorrangige Rolle. Trotz allem konnte keine Trendwende am Arbeitsmarkt erreicht werden.⁸⁵

Bezüglich des Koalitionsclimas (mit der PDS) ergab sich zunächst ein diametraler Unterschied zur Vorgängerregierung. Die Medien illustrierten die Veränderung von den „Schweriner Verhältnissen“ hin zum „Prima-Klima-Regierungsklub“. Atmosphärische Störungen zwischen den beiden Koalitionären ergaben sich jedoch im Mai 2001 als Ministerpräsident Ringstorff im Bundesrat – wider allen Absprachen – den SPD-Rentenentwurf der Bundesregierung unterstützte und der PDS zeigte „wer im Osten der Koch und wer der Kellner ist.“⁸⁶ Ringstorff übernahm das Amt des Justizministers bis 2000 in Personalunion und wurde dann in diesem Ressort von SELLERING abgelöst, was der SPD eine zusätzliche Stimme am Kabinetttisch verschaffte. Die anderen SPD-Ressorts wurden von Gottfried Timm (Inneres), Rolf Eggert (Wirtschaft, bis 2001, dann Otto Ebnet), Peter Kauffold (Bildung) und Till Backhaus (Landwirtschaft) geleitet.

2002–2006: Zerreißprobe für den „Prima-Klima-Klub“

In der ersten Landtagswahl des neuen Jahrhunderts gelang es den Sozialdemokraten bei einem Zuwachs von sechs Mandaten (33 von 71) klar stärkste Kraft zu werden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurde mit der Sozialdemokratin Sylvia Bretschneider eine Frau Präsidentin des Landtages im Schweriner Schloss. Schlotmann setzte seine Tätigkeit als Fraktionschef reibungslos fort. Neben den Bestrebungen um einen ausgeglichenen Haushalt, den Ausbau des Tourismussektors, der Förderung der

⁸⁵ Vgl. Werz/Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, in: ZParl, Nr. 1 (2003), S. 62–64.

⁸⁶ Jens König, Koch und Kellner im Osten, in: taz, 15. 05. 2001.

Gesundheitswirtschaft und der Forcierung von Infrastrukturprojekten waren die Umsetzung der Agenda 2010 und die Kreisgebietsreform polarisierende Themen.⁸⁷

Vor allem letztere Punkte stellten die beiden Koalitionspartner vor eine harte Zerreißprobe, die zwischen den Parteien, aber insbesondere auch innerhalb der PDS zu Spannungen führte. So setzten die Sozialdemokraten mit den Stimmen der Sozialisten – entgegen deren Bundesspitze – als erster Landtag das Ausführungsgesetz zu „Hartz IV“ um.⁸⁸ Auch die Umsetzung der Kreisgebietsreform hätte beinahe zum Koalitionsbruch geführt, da sich alte Gräben zwischen dem realpolitischen und dem linken Parteiflügel der PDS auftaten.⁸⁹ Zudem klagte mit der Rügener Landrätin Kassner (PDS) ein Mitglied der Regierungsparteien auf Landesebene gegen die Durchführung des Fünf-Kreise-Modells. Während das Koalitionsklima schlechter wurde, blieb die Verteilung der Ministerposten nahezu konstant. So konnten Erwin Sellering (Justiz), Otto Ebnet (Wirtschaft), Till Backhaus (Landwirtschaft), Gottfried Timm (Inneres) und Sigrid Keler (Finanzen) ihre Ämter fortführen. Mit Hans-Robert Metelmann löste ein Parteilooser den vorigen Bildungsminister Kauffold ab.

2006–2011: „Partnerschaftliche Zusammenarbeit“ mit der CDU

Mit nur noch 23 von 71 Mandaten konnten die Sozialdemokraten ihren Status als stärkste Fraktion nur knapp gegen die CDU (22) verteidigen. Aufgrund dieses Umstandes konnte Bretschneider ihre Position als Landtagspräsidentin halten. Den Fraktionsvorsitz übernahm abermals Schlotmann, der nach seinem Wechsel an die Spitze des Verkehrsministeriums 2008 vom Abgeordneten Norbert Nieszery abgelöst wurde. Zum wiederholten Male gehörten die Arbeitsmarktpolitik (dritte Werftenkrise) und die Anstrengungen um einen ausgeglichenen Haushalt zu den zentralen Themen der Legislaturperiode. Verstärkt traten auch der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in den Vordergrund.⁹⁰ Großen Raum nahm ebenfalls die Diskussion um den Umgang mit der NPD im parlamentarischen Geschehen ein. Der gefundene Konsens der demokratischen Fraktionen („Schweriner Weg“) zielte auf eine Ausgrenzung der Rechtsextremisten.⁹¹ Besonderes überregionales

87 Vgl. Rede von Ringstorff auf „20 Jahre SPD-Fraktion im Landtag M-V“ am 19.11.2010 in Schwerin.

88 Vgl. Karsten Grabow, Das Parteiensystem Mecklenburg-Vorpommerns, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer, Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 265–290, hier: S. 273.

89 Vgl. Christopher Scheele, Die PDS/Linke in Mecklenburg-Vorpommern, München 2010, S. 157–158.

90 Vgl. Martin Koschkar, Mecklenburg-Vorpommern im Wahljahr 2011: Ausgangslage und Rahmenbedingungen der sechsten Landtagswahl, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 8–17, hier: S. 9.

91 Vgl. dazu auch SPD-Landtagsfraktion, Der Schweriner Weg, abrufbar unter: spd-fraktion-mv.de/index.php/component?option=com_jotloader/Itemid,50/cid,96_f78342743676a3e78bbfec082340c921/section,files/task,download/ (Stand: 10.09.2012).

Aufsehen erregte jedoch die so genannte „Unrechtsstaatsdebatte“, welche von SELLERING nach der Übernahme Postens des Ministerpräsidenten angestoßen wurde. Im Kern ging es um die Frage, ob die ehemalige DDR als ein totaler Unrechtsstaat anzusehen sei, oder nicht. Obschon die SPD in dieser Frage gespalten war, bescheinigte SELLERING der DDR „kein totaler Unrechtsstaat“⁹² gewesen zu sein. Die gemeinsam mit der ehemaligen PDS (jetzt: Die LINKE) angestoßene ungeliebte Kreisgebietsreform wurde nach ihrem Scheitern vor dem Landesverfassungsgericht erneut in Angriff genommen. Ein Modell aus nur noch sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten (Rostock/Schwerin) wurde schließlich vom Parlament verabschiedet und 2006 und abermals 2011 von der Justiz bestätigt.⁹³

Resultierend aus dem Wahlergebnis entschieden sich die Sozialdemokraten für eine sichere Koalition mit den Christdemokraten (zusammen 45 von 71 Sitzen). Die nahezu gleich starken Fraktionen legten eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit“⁹⁴ an den Tag und teilten die Ministerposten gleichmäßig untereinander auf. Damit verfügten die Genossen nur noch über vier Minister: SIGRID Keler (Finanzen), TILL BACKHAUS (Landwirtschaft), OTTO EBNET (Verkehr) und ERWIN SELLERING (Soziales) gehörten auch dem dritten Kabinett RINGSTORFF an, wenngleich mit zum Teil veränderten Ressorts. Am 6. Oktober 2008 endete mit der Wahl SELLERINGS zum Ministerpräsidenten die Ära des beim Volk beliebten Landesvaters RINGSTORFF. Verbunden mit dem Wechsel des Regierungschefs kam es zu einem umfangreichen Kabinettsumbildung innerhalb der SPD-Ministerien: Während mit HEIKE POLZIN (Finanzen), VOLKER SCHLOTSMANN (Verkehr) und MANUELA SCHWESIG (Soziales) drei neue Gesichter ins Kabinett rückten, blieb Landwirtschaftsminister BACKHAUS auf seinem Posten. Sowohl die Aufsteigerin SCHWESIG als auch der ehemalige Minister SELLERING gewannen in ihren neuen Positionen schnell an Popularität, nicht nur auf Landesebene.⁹⁵ Alles in allem wurde die Arbeit der Koalition „in fünf Jahren von keinem größeren Streit, keiner Krise und keiner Affäre überschattet.“⁹⁶

Seit 2011: Fortsetzung des Duetts mit der CDU

Die durch die sechste Landtagswahl gestärkte SPD-Fraktion verfügte seit dem Herbst 2011 über 27 von 71 Mandaten im Schweriner Schloss, war damit wie schon seit 1998 stärkste Kraft und stellte mit BRETSCHEIDER erneut die Landtagspräsidentin. Den für das

92 O. A., Kein totaler Unrechtsstaat, in: FAS, 22. 03. 2009.

93 Vgl. Flügge/Hein, „Gut wie das Land“ – Die SPD, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 37.

94 Frank Pergande, Die SPD kann wählen, die CDU nicht, in: FAZ, 18. 07. 2011.

95 Vgl. Flügge/Hein, „Gut wie das Land“ – Die SPD, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 36.

96 Koschkar, Mecklenburg-Vorpommern im Wahljahr 2011, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 9.

Funktionieren der Koalition wichtigen Fraktionsvorsitz behielt Nieszery. Im ersten Jahr des Kabinetts Selling II standen in erster Linie Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels, die konsequente Fortführung der rigiden Haushaltspolitik und die vierte Werftenkrise im Zentrum.

Auch im sechsten Jahr der Großen Koalition war das Klima ohne größere Auffälligkeiten, wenngleich die SPD nun mit einem zusätzlichen Ministerposten der stärkere Koalitionär ist. Zu den bisherigen Ministern Polzin (Finanzen), Schlotmann (Energie/Infrastruktur), Schwesig (Arbeit/Soziales) und Backhaus (Landwirtschaft) kam der aufstrebende Mathias Brodtkorb (Bildung). Hinsichtlich möglicher Umbrüche in der angebrochenen Legislaturperiode kann zur Personalie Selling nur spekuliert werden, so äußerte sich Michael Schlieben bereits im Herbst 2011: „Ob der 61-Jährige 2016 noch einmal antritt, bezweifeln einige Genossen bereits.“⁹⁷

Die SPD im Parlament und in der Regierung: Ein Überblick

Beim Blick auf die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Fraktion im Verlauf der Zeit lassen sich einige grundlegende Trends ablesen. Die Anzahl der weiblichen Fraktionsmitglieder schwankt zwischen vier (1990) und zehn (2002) Mandatsträgerinnen und die Quote bewegt sich zwischen 21,1 Prozent (1990) und 34,8 Prozent (1994). Damit liegt sie geringfügig unter den Vergleichswerten ihrer Bundestagsfraktion. Das Gros der Repräsentanten befindet sich in der Altersgruppe der 40–60-Jährigen bei – entsprechend der demographischen Entwicklung – tendenzieller Alterung. Darüber hinaus lässt sich eine relativ große Stabilität bezüglich der Abgeordneten konstatieren. Im arithmetischen Mittel waren 64,2 Prozent der SPD-Parlamentarier bereits Mitglied des Landtages in der vorausgegangenen Wahlperiode. Der absolute Spitzenwert ergibt sich mit 95,7 Prozent in der fünften Wahlperiode. Nur ein einziger Abgeordneter gehörte nicht dem vierten Landtag an. Exemplarisch für diese Kontinuität ist Till Backhaus, der seit 1990 ununterbrochen Mandatsträger im Schweriner Schloss ist. Auch viele andere Abgeordnete waren oder sind bis heute über lange Zeiträume im Parlament vertreten (Ringstorff, Timm, Keler, Bretschneider, Schlotmann). Die beschriebene Beständigkeit zeigt sich auch in den internen Arbeitskreisen der SPD-Fraktion. Seit 1990 orientieren sich diese im Wesentlichen an den offiziellen Ausschüssen des Landtages. Wenige Ausnahmen bilden beispielsweise die zeitweiligen Arbeitskreise für Tourismus und für Gleichstellung.

Bei der Auswahl der Ministerien lassen sich Interessen und Beharrlichkeit bei den Genossen feststellen. Obgleich die SPD im Zeitraum ihrer Regierungstätigkeit bereits sämtliche Ressorts mindestens einmal über vier Jahre innehatte, präferierten sie die Be-

97 Michael Schlieben, Selling lässt warten, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/koalitionsverhandlung-spd-mecklenburg-vorpommern> (Stand: 21. 09. 2011).

reiche Justiz, Finanzen, Bildung und Landwirtschaft. Geringere Ambitionen zeigten sie für Inneres und Arbeit. Besonders hervorstechend ist die 16 Jahre andauernde Leitung des Finanzministeriums durch lediglich zwei Ressortchefinnen. Beachtenswert ist ebenfalls die bereits 14 Jahre währende Amtszeit Backhaus' (Landwirtschaft).

Personen, die in besonderer Art und Weise das Bild der SPD im Landtag in den letzten 20 Jahren geprägt haben und teilweise noch heute prägen, waren: Harald Ringstorff, Till Backhaus, Sigrid Keler, Erwin SELLERING, Gottfried Timm, Volker Schlotmann, Otto Ebnet, Manuela Schwesig und Sylvia Bretschneider. Unter den Genannten ist Ringstorff als besonders prägend sowohl für die Partei als auch für das Land anzusehen.

Die SPD – kommunal kaum konkurrenzfähig

Obwohl die SPD die dominante Landespartei ist, zeigt sich doch, dass ihre Mitgliederstärke auf kommunaler Ebene voll durchschlägt. Bei keiner einzigen der bisher sechs Kommunalwahlen konnte sie stärkste Kraft werden und lag mit 19,1 bis 27,5 Prozent weit hinter den Landesergebnissen. 2004 und 2009 wurde sie sogar nur dritte Kraft hinter CDU und der Partei Die LINKE. Die deutlich geringere Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen scheint in Verbindung mit den schwachen SPD-Ergebnissen zu stehen und offenbart Mobilisierungsprobleme. Dies ist aufgrund der geringen Mitgliederzahlen und dem daraus resultierenden geringen Kandidatenreservoir nicht verwunderlich. Da es sich bei Kommunalwahlen in noch stärkerem Maße als bei Landtagswahlen um personalisierte Wahlen handelt und die SPD bis auf wenige Ausnahmen keine entsprechenden Kandidaten vorweisen kann, tun sich die Sozialdemokraten schwer im Wettbewerb mit den stärker verankerten Parteien CDU und Die LINKE.⁹⁸ Ähnlich wie bei Landtagswahlen stellt sich auch bei den Kommunalwahlen ein West-Ost-Gefälle bei den sozialdemokratischen Ergebnissen ein. „Kommunaler Leuchtturm“ ist dabei regelmäßig die Hansestadt Wismar (2009: 34,4 Prozent), wohingegen die Partei in Teilen Vorpommerns durchaus Ergebnisse von circa 10 Prozent einfährt.⁹⁹ Bei einem Blick auf die Einzelergebnisse zeigt sich auch, dass die SPD bei wachsender Einwohnerzahl der Gemeinden auch bessere Resultate erzielen kann. Da es in Mecklenburg-Vorpommern jedoch nur sehr wenige urbane Zentren gibt, ist die SPD im Hinblick auf die beschriebenen Tendenzen kommunal kaum konkurrenzfähig.

98 Vgl. Steffen Schoon, Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Steffen Schoon, Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004, S. 6–20, hier: S. 10.

99 Vgl. ebd., S. 12.

6 Ausblick: Erfolgsgeschichte ohne Zukunft?

Problematisch für die zukünftige Entwicklung der SPD ist sowohl die Mitgliederentwicklung als auch die zu beobachtende Wählerstruktur. Die tendenzielle Alterung der Genossen bei gleichzeitig geringer Rekrutierungsfähigkeit im Land führt perspektivisch zu einem Absinken des ohnehin äußerst geringen Mitgliederreservoirs. Schon jetzt ist die Personaldecke in einigen Regionen Vorpommerns so dünn, dass sich dort nur unter großen Anstrengungen Bewerber für politische Ämter finden lassen. Die Anwendung des Begriffs der Volkspartei auf die SPD in Mecklenburg-Vorpommern scheint vor diesem Hintergrund kaum noch angemessen. Die SPD ist mehr als Fraktions-, denn als Landespartei anzusehen. Dennoch ist auch die Klassifizierung als Landespartei gerechtfertigt, da die SPD als Partei über viele Jahre in Regierungsverantwortung die Geschicke des Landes gelenkt hat. Das unumstrittene Kraftzentrum des Landesverbandes ist die Schweriner Landtagsfraktion. Darüber hinaus wird auch die demographische Zusammensetzung der SPD-Wählerschaft die Partei in naher Zukunft vor neue Herausforderungen stellen. Aufgrund des hohen Zuspruchs bei den heute über 60-jährigen, die auch einen großen Teil der Wähler ausmachen und zukünftig ihr Wahlrecht infolge ihrer weiteren Alterung womöglich nicht mehr wahrnehmen können, wird die SPD perspektivisch ein Problem bekommen. Zwar wird der Anteil der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung weiter steigen, aber wegen der heutzutage abnehmenden Stabilität in der Wahlentscheidung und einer anderen Sozialisation kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass die Älteren von morgen im Wahlverhalten den Älteren von heute gleichen. Eine Strategie, die diese mögliche Entwicklung nicht berücksichtigt, wäre fahrlässig. Folglich muss die SPD – sofern sie ihren Erfolg fortsetzen will – neue Altersgruppen erschließen.

Nichtsdestotrotz kann die Entwicklung der Partei seit 1990 als eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Es ist ihr gelungen strukturelle Mehrheitspartei im Land zu werden. Regierungen ohne Beteiligung der SPD scheinen auch auf lange Sicht unwahrscheinlich. Dabei kann sie weiterhin auf die Personalisierung ausgewählter Führungspersonen setzen. Diese Personalisierung war in der Vergangenheit erfolgreich und kann – bei entsprechender Strahlkraft des Spitzenkandidaten – bei den nächsten Wahlen Früchte tragen. Gleichwohl wird auch der Einfluss des Bundestrends in Zukunft nicht zu vernachlässigen sein.

Es ist anzunehmen, dass der amtierende Ministerpräsident SELLERING und die Sozialministerin SCHWESIG einerseits das Bild der Landes-SPD prägen und andererseits auch öffentliche Positionierungen zu bundespolitischen Fragestellungen überregional transportieren werden. Schwesig könnte dabei auch für höhere Ämter, z. B. als Bundesministerin, in Frage kommen. Ihre Präsenz im letzten Schattenkabinett Steinmeiers scheint solche Ambitionen zu belegen. Angesichts dieser steilen Karriere kann sie auch als Hoffnungsträgerin gesehen werden, die die Landespartei für neue Altersgruppen öffnet und sie somit in eine aussichtsreiche Zukunft führt.

Politik in Mecklenburg-Vorpommern

Koschkar, M.; Nestler, C.; Scheele, C. (Hrsg.)

2013, X, 320 S. 21 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02651-6